

Die Krise in Elsaß-Lothringen.

Der Rücktritt der elsäß-lothringischen Regierung ist wohl nach den Vorgängen der letzten Wochen für niemand eine Überraschung gewesen, sie mußte vielmehr mit Bestimmtheit erwartet werden und dürfte auch nicht erst jetzt erneut erfolgt sein, wenn auch bisher zuverlässiges darüber nicht verlautet hat. Überraschend ist nur die Tatsache, daß der Staatssekretär Jörn v. Bulach das Rücktrittsgesuch des elsäß-lothringischen Kabinetts der Öffentlichkeit bekanntgegeben hat, ehe der Kaiser seine Entschlüsse getroffen hatte.

Eine solche vorzeitige Bekanntgabe entspricht nicht den Gepflogenheiten und bedeutet daher eine Neuheit, deren Wiederholung kaum eintreten wird; sie zeigt aber zugleich, daß die zurücktretenden Männer mit einer gewissen Verärgerung aus ihrem Amte scheiden. Wie lange sie noch tätig sein werden, ist unbestimmt. Halbamtlich wird nun erklärt: Der Statthalter in Elsaß-Lothringen, Graf Wedel, hat sein schon im Dezember angebotenes Abschiedsgesuch erneuert. Auch der Staatssekretär Frhr. Jörn v. Bulach und die Unterstaatssekretäre Dr. Petri, Mandel und Koechler haben erneut um ihre Entlassung gebeten. Die kaiserliche Entscheidung wird voraussichtlich in den nächsten Tagen erfolgen.

Ganz selbstverständlich wird der Kaiser seine Entschlüsse aus Anlaß dieser vorzeitigen Bekanntgabe nicht beschleunigen, handelt es sich doch um die Neubestellung einer größeren Anzahl wichtiger Posten im Reichslande, die natürlich Zeit beansprucht. Über den Nachfolger des Statthalters Grafen Wedel ist eine Reihe von Mutmaßungen ausgesprochen worden, die zum Teil nicht aufrechtzuerhalten sein werden. So heißt es in unterrichteten Kreisen, daß der Kommandeur des 14. Armeekorps, Generalleutnant von Soiningen genannt Suene in Karlsruhe, als Kandidat für den Statthalterposten nicht in Betracht kommen wird. Überhaupt dürfte im Gegenlaß zu den umlaufenden Gerüchten ein General kaum in Betracht kommen.

In Elsaß-Lothringen hat der Rücktritt der gesamten Regierung starken Eindruck gemacht, obwohl man allgemein erwartet hatte, daß die Regierung nach dem Ausgange der Zaberner Affäre zurücktreten werde. Sie hatte ihrerseits keinen Zweifel darüber gelassen, daß, wenn der Statthalter gehen müßte, sie sich mit ihm völlig verbunden erklären und ihre Ämter zur Verfügung stellen würde. Man ist deshalb hier auf den bevorstehenden umfassenden Personalwechsel vollständig vorbereitet, bedauert aber dennoch allgemein, daß auch der Statthalter seinen Posten verläßt. Denn gerade der Statthalter hat sich viel Sympathien im Lande erworben, wie wohl keiner seiner Vorgänger. Man schätzte seine gerade und offene Persönlichkeit, seine ritterliche Art und wird es niemals im Lande vergessen, daß er der Vater der elsäß-lothringischen Verfassung ist.

Man sieht den Grafen Wedel mit der Übersetzung scheiden, daß er nicht umsonst im Lande gelebt hat, und daß sein Wirken noch Früchte tragen wird. Wer ihn im Statthalterpalast ersetzen wird, darüber hat man auch in Straßburg vorläufig nur Vermutungen; man befürchtet aber vielfach, daß der Nachfolger des Grafen Wedel schärfere Regierungsmethoden einführen könnte, als Elsaß-Lothringen sie seither gewöhnt war. Oberlandesgerichtspräsident Mollitor soll zum Nachfolger des Unterstaatssekretärs der Justiz Dr. Petri auserselbst sein. Außer ihm soll kein elsäß-lothringischer Beamter in das neue Ministerium eintreten.

Sichtlich des Zeitpunktes des Regierungswechsels war man bisher der Ansicht, daß er nicht vor Erledigung des Budgets im Landtag erfolgen würde. Man erwartete, daß der Landtag zwar eine ausgedehnte Diskussion über das Budget halten, aber nach dessen Annahme etwa zum 1. April auf den 1. November vertagt werden würde. Nachdem nun der bevorstehende Regierungswechsel veröffentlicht und damit der Zwiespalt zwischen Berlin und Straßburg vor aller Welt kund getan worden ist, werden natürlich, wie ja auch halbamtlich angedeutet wird, die Maßnahmen be-

züglich des Regierungswechsels beschleunigt werden.

In unterrichteten politischen Kreisen wird angenommen, daß die Entscheidung des Kaisers über den Regierungswechsel in den Reichslanden schnellstens fallen wird. Man glaubt zu wissen, daß im Vordergrund der Ermäßigungen der maßgebenden Persönlichkeiten die Absicht besteht, als Statthalter einen preußischen Prinzen, wahrscheinlich Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen, einzusetzen. Dem Prinzen soll eine energische Persönlichkeit als Staatssekretär beigegeben werden, die zugleich die Verwaltung des Innern führen wird. — Wie ferner amtlich gemeldet wird, hat sich der Statthalter Graf Wedel bereit erklärt, noch einige Monate die Amtsgeschäfte weiterzuführen, bis die neuen Männer der Regierung in ihre Geschäfte eingeführt sind.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Der Bundesrat hat dem Antrag von Sachsen-Meinungen, betreffend die Prägung von 1000 Kronen mit dem Bildnis des Herzogs von Sachsen-Meinungen zugestimmt; ferner wurde dem Entwurf eines Luftverkehrsgesetzes die Zustimmung erteilt.

* Die Wirkung der neuen Finanzgesetze vom Juli v. J., die zur Deduktion der Wehrvorlage erforderlich waren, macht sich besonders bei den Einnahmen der Bundesstaaten bemerkbar. In erster Linie kommt dabei das Reichssteuergesetz in Betracht, das eine Reihe von Stempelabgaben dem Reich zumeist, die früher von den Bundesstaaten erhoben wurden. Hierdurch erleiden beispielsweise die Einnahmen des preußischen Staates eine jährliche Einbuße von rund 13 Millionen Mark. Andere Bundesstaaten erleiden Schäden durch die Neuregelung der Ertrags der Erbschaftsteuer. Außerdem werden einige Bundesstaaten auch durch die Änderung des Wertzuwachssteuergesetzes in ihrer Finanzwirtschaft getroffen, falls sie nicht den in Fortfall kommenden Anteil des Reichs als Landessteuer weiter erheben.

* Die 25. Kommission des Reichstags zur Vorberatung der Entwürfe betr. Regelung militärischer Machtbefugnisse hat sich gebildet und zum Vorsitzenden den Abg. West-Beilberg (nat.-lib.), zum Stellvertreter den Abg. Heine-Deffau (soz.) gewählt.

* Zur Frage des zahnärztlichen Dokortitels wird der Kultusminister, falls sie in der Budgetkommission oder im preußischen Abgeordnetenhaus zur Sprache gebracht werden sollte, zunächst nur seine grundsätzliche Stellungnahme erklären. Man wird sich zunächst mit den übrigen Bundesstaaten ins Einvernehmen sehen, da eine einheitliche Regelung der Frage innerhalb des Reichs angestrebt wird. Wie verlautet, ist eine allseitig befriedigende Regelung der Angelegenheit im Sinne der Zahnärzte zu erwarten.

* Die sozialdemokratischen Mitglieder der bayrischen Abgeordnetenversammlung haben die Teilnahme an der vom König am 4. Februar für alle Abgeordneten gegebenen Hofafel abgelehnt. Sie haben sich in die aufgelegte Namensliste nicht eingetragen.

Frankreich.

* Einer der stärksten Verfechter des Revanchegedankens, der Dichter Paul Déroulède, ist 68 Jahre alt, in Nizza an einem Herzleiden gestorben.

England.

* Die Bank von England hat ihren Diskontsatz weiter, und zwar um ein volles Prozent, auf 3 Prozent ermäßigt.

Belgien.

* Auf Wunsch der belgischen Eisenbahndirektion hat die deutsche Eisenbahnverwaltung den Kohlentransport nach Belgien wegen Überlastung der dortigen Bahnen bis auf weiteres eingestellt.

Amerika.

* Wie aus Port-au-Prince auf Haiti

gemeldet wird, sind die Deutschen unter dem Schutz des Landungskorps außer Gefahr.

* Die Regierung der Ver. Staaten hat beschlossen, den mexikanischen Rebellen den Waffenankauf zu gestatten. Damit sind die Revolutionäre als kriegsführende Macht anerkannt.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht.) Berlin, 31. Januar.

Der Reichstag setzte am Donnerstag die Erörterung des Etats für das Reichsamt des Innern fort. Abg. Hoersch (kons.) betonte, daß der Ausschuss unserer Volkswirtschaft nur durch die Fortschritte der Landwirtschaft möglich sei. Die Neben der Abgg. Böhme und Westermann können nur dazu führen, die Nachbarländer zum Zollkampf aufzufordern. Abg. Westermann (Kosp. der Nat.-lib.) forderte Schutzölle für Obst, Gemüse und Hopfen und betonte, daß das Zusammengehen des deutschen Bauernbundes mit der Linken unvereinbar mit den Interessen der Landwirtschaft sei. Bedauerlich sei der Zwiespalt der bürgerlichen Parteien, die sich zum Kampfe gegen den inneren Feind zusammenschließen müssen. Abg. Bruhn (Reform.) wünschte kräftige Unterstützung des Mittelstandes. Abg. Dr. Erdmann (soz.) wandte sich gegen die christlichen Gewerkschaften und sprach von einem Terrorismus der Kirche gegen das Koalitionsrecht. Abg. Giesbertz (Zentr.) antwortete unter lärmendem Widerspruch der Sozialdemokraten, daß der Schuld der christlichen Gewerkschaften rein sei und die sozialdemokratischen die Einzige unter den Arbeitern geföhrt haben. Abg. Schwabach (nat.-lib.) wünschte eine Denkschrift über die Verhältnisse der Staatsarbeiter. Staatssekretär Dr. Delbrück sagte eine solche zu. Abg. Vogt-Hall (wirtsch. Vgg.) sprach sich für Aufrechterhaltung der bisherigen Wirtschaftspolitik und der Einuhrschneise aus.

Wie üblich am Freitag, wurden zuerst kleine Anfragen behandelt. Die beiden heutigen gingen vom Zentrum aus. Abg. Trendel wünschte zu wissen, ob die Veranlagung für den Wehrbeitrag 1914 auch bei der Vermögensfeststellung im Jahre 1917 zugrunde gelegt werden würde.

Unterstaatssekretär Zahn erklärte, daß das 1913 festgestellte Vermögen im Jahre 1917 unverändert gelten solle und mit dem ermittelten Vermögen vom 31. Dezember 1916 verglichen würde.

Sodann gab es einen kleinen Zabern-Nachklang. Es fragte nämlich Abg. Sittart, ob die Garnison Zabern, deren Verlegung nach dem Barackenlager Gaggenau-Wittich als harte Bestrafung empfunden werde, bald wieder in die frühere oder in eine andere Garnison zurückkehren soll. Eine Beantwortung der Frage, so bemerkte Generalmajor Wild von Sothenborn unter der Umruhe des Hauses, könne eigentlich nicht erfolgen, denn sie gebe von falschen Voraussetzungen aus. Es könne weder von einer Bestrafung nach Verlegung die Rede sein. Schon seit zwei Jahren müßte eine große Anzahl von Truppen auf den Übungsplätzen untergebracht werden.

Kunze ging das Haus, am achten Tage, wieder auf die Beratung des

Etats des Reichsamts des Innern

ein. Große Gesichtspunkte wurden nicht mehr aufgestellt. Abg. Weinhausen (fortsch. Vp.) nahm kurz Stellung zu der sozialen Gesetzgebung und forderte ein einheitliches Arbeits- und Angestelltenrecht. Auch der Abg. Dombel (Kole) wünschte die Einführung eines Verhandlungszwanges bei Lohnkämpfen. Weiter, so sprach sich auch Abg. Behrens (wirtsch. Vgg.) gegen weitere Maßnahmen auf dem Gebiete des Koalitionsrechts aus. Letzterer wünschte weiter die Aufrückhaltung unserer Wirtschaftspolitik, namentlich aber den Schutz der Landwirtschaft. Zugunsten des Mittelstandes trat Abg. Warmuth (Reichsp.) für die

Bekämpfung der Warenhäuser.

des Hausierhandels und des unlauteren Wettbewerbes ein. In den Polizeipräsidien von Berlin richtete der Redner den Wunsch, er möchte schärfer dem Handel mit Schmutzlitteratur auf den Straßen entgegenreten.

Der fraktionslose Abg. Dr. Decker-Bingen befragte eine Reform der ärztlichen Prüfungsordnung und die Beibehaltung ausreichenden Zollschatzes. Seiner Bemerkung, dieser habe erst unsere Sozialpolitik ermöglicht, trat Abg. Wolfenbühler (soz.) entgegen. Auch das Freihandelsland England habe eine energische Sozialpolitik eingeleitet. Der Schutzoll habe auch keine Kräfte verhindern können, er bilde sogar ein Demeritis für den Ausschuss der Landwirtschaft.

Das verneinte wiederum Abg. Emininger (Zentr.) ganz entschieden. Die Milchproduzenten könnten einen Zollschatz überhaupt nicht entbehren. Er verwies ferner auf den hohen

Nährwert der Molkereiprodukte.

für deren Absatz mehr getan werden müßte. Ein Rahm- und Käsejoll sei nötig als Ergänzung zum Butterzoll. Auch der Hopfen bedürfte eines stärkeren Zollschatzes. Nach einer kurzen, auf der Tribüne fast unverständlichen Erklärung des Reichsbankpräsidenten Hanfstein, daß die im Laufe der Debatte gewünschte staatliche Kontrolle der Bankinstitute nicht möglich sei, daß die Verfehlungen einzelner nicht dem Gros der soliden Banken zur Last gelegt werden könnten, vertagte sich das Haus.

Grubenunglück bei Dortmund.

100 Bergleute im Schacht eingeschlossen. Wieder einmal hat im westfälischen Kohlenrevier eine Schlagwetter-Explosion das Leben vieler maderer Bergleute gefordert. Über das Unglück, das sich auf Zeche „Achenbach“ bei Dortmund ereignete, wird gemeldet:

Eine große Schlagwetter- und Kohlenstaub-Explosion ereignete sich am Freitagabend um 6 1/4 Uhr auf Zeche „Minister Achenbach“ in Brambauer. Die Explosion erfolgte auf der dritten Sohle. Die Schachtanlage hat zwei Schächte mit etwa 670 Metern Tiefe; die Belegschaft ist 1800 Mann stark. Davon waren mittags 650 angefahren, abends um 10 Uhr schiften noch hundert, über 20 Bergleute sind sofort tot herausgeschafft worden. Ebenso wurden viele Schwerverletzte geborgen. Die zutage beförderten Leichen sind bis zur Unkenntlichkeit entstellte. Zeitweise sind ihnen die Gliedmaßen abgerissen, was auf die Gewalt der Explosion schließen läßt. Zahlreiche Sanitätsmannschaften waren sofort zur Stelle, ebenso Hilfe von den Nachbarezchen.

Die Zeche „Minister Achenbach“ ist dieselbe, auf der sich im Dezember 1912 ebenfalls eine schwere Explosion ereignete, wobei 45 Bergleute ums Leben kamen.

Keine Hoffnung für die Eingeschlossenen! Spät nachts erklärte ein Angehöriger der Helfenirchner Rettungscolonne, daß die noch in der Grube befindlichen Leute nach menschlichem Ermessen rettungslos verloren seien. Wegen des furchtbaren Qualms, der die von der Explosionskatastrophe betroffenen unterirdischen Gänge erfüllt, sei es nicht möglich, bis zu den eingeschlossenen Bergleuten vorzudringen. Die Rettungsmannschaften sind mit Rauchhelmen und anderen Vorrichtungen für das Eindringen der nicht atmehbaren Gase versehen, konnten aber schließlich nicht mehr vorwärts.

Von Nah und fern.

Präsident Wilsons Antwort an Kaiser Wilhelm. Auf das in Tuderont von der Station Elbese (Hannover) eingetroffene direkte drahtlose Telegramm des Deutschen Kaisers an den Präsidenten Wilson, in dem der Kaiser die Hoffnung ausdrückt, daß die drahtlose Verbindung ein neues Band zwischen Deutschland und den Ver. Staaten bilden werde, hat Präsident Wilson folgendes Antworttelegramm an Kaiser Wilhelm gesandt: „Ich bin erfreut, Eurer Majestät huldvolle Grüße zu empfangen, die durch die neue transatlantische Funkstation Elbese überbrant worden sind. Ich beglückwünsche Eurer Majestät zu diesem neuen Gliede einer engeren Verbindung zwischen den Ver. Staaten und Deutschland.“

Der Kurier des Kaisers.

30) Roman von C. Crome-Schwiening (Fortsetzung.)

Sie sahen in den Fürsten nur die Hindernisse ihrer volksbefreienden und beglückenden Ideen und, selbst jeden Augenblick zum Tode bereit, vernichteten sie das Leben jener, ohne etwas anderes als Vergnügung und Freude zu empfinden.

Eine einzige Person beteiligte sich so gut wie gar nicht an der Leibe, aber lebhaft geführten Unterhaltung der Verschworenen, über neuen wieder die trübe flackernden Lichter des Leichtenellers leuchteten: Sonja sah still und in sich gekehrt auf ihrem Kalkstein und hörte kaum, was die anderen sprachen.

Seit jenem Tage, an welchem der Knall her auf den Senatsplatz plägenden Bombe nicht Moskau allein, nein die ganze zivilisierte Welt in Aufregung versetzt hatte, seitdem war mit dem schönen Weibe eine merkwürdige Veränderung vorgegangen. Vielleicht begann dieser Umchwung ihrer Empfindungen schon mit dem Augenblick, als Stefan Antonowitsch Koffajew ihr zum letzten Male die Hand drückte. Sie besaß kein Bild von dem Attentäter. Und trotzdem sie sich die allgrößte Mühe gab, gelang es ihr nicht, vor ihrem Geiste die ernsten, sonst aber nicht auffallenden Züge des jungen Mannes wieder aufleben zu lassen.

Nur die großen, dunkelbraunen, schwerwütigen Augen, die ruhten immerfort auf ihr und tiefen sie nicht los.

Und Sonja Karalowna, deren Schönheit, scheinbar so sehr vom Feuer der Leidenschaft erleuchtet und durchbebt, doch stets kalt und

eisig geblieben war, diese selbe Sonja empfand jetzt Sehnsucht nach dem, der ihr, solange er an ihrer Seite war, der Gleichgültigsten einer geschienen hatte. . . .

Sie mußte immerfort an ihn denken. Wie von einem Nebelschleier umhüllt, aber dadurch einen noch mehr geistigen und edlen Ausdruck gewinnend, schwebte das Antlitz des Auserwählten vor ihrer Seele, und sie sah immer und immer wieder seine Augen mit dem Ausdruck tiefstehender Sehnsucht und einer bangen Frage auf sich gerichtet.

Sie meinte sich gegen dieses Phantom, das ihren Willen zur Lat lähmte und das sie allmählich ganz in seinen Bann zwang. Schließlich konnte sie an gar nichts anderes mehr denken, und während ihre Genossen glaubten, daß neue Pläne ihr Gehirn beschäftigten, tat sie nichts anderes, als das, was jede Frau tut, deren Geliebter in Gefahr ist: sie dachte an ihn und zermartete ihren Kopf, um einen Weg zur Rettung zu finden.

Da sagte jemand in der Versammlung, daß die Mutter Stefan Antonowitschs herkäme und wohl Zutritt zu ihrem Sohne erhalten würde.

Es war der Finnländer, an den sich Sonja jetzt wandte und der ihr sogar ziemlich genaue Auskunft geben konnte, wo die alte Frau zu finden sein würde. . . . Bald darauf zog sich Sonja zurück und ließ die andern sich den Kopf zerbrechen, warum sie, die sonst so temperamentvolle, heute so still und schweigsam gewesen wäre.

Aber schon am nächsten Morgen war das schöne Weib in der Verkleidung einer Bäuerin, die ihr der alte Weinsty beibrachte, auf

dem Wege nach dem Galthof, wo sie Stefan Antonowitschs Mutter vermutete.

Dort empfing sie die Nachricht, die Frau sei bereits nach dem Kreml unterwegs, um sich dort die Erlaubnis zu verschaffen, ihren Sohn sehen zu dürfen.

Sonja rief einen Droschkenföhrer an, er solle sie nach dem Kreml fahren und war mit dem stinken Pferdchen eher da, als jene Frau, die mühselig und in tiefster Verzweiflung hergekommen war und die nun in diesem feineren Moskauer mit ihrer letzten Kraft an die Herzen klopfen wollte, um Hilfe für ihren Sohn zu erhalten.

Für ein Mutterherz gibt es kein Unmöglich, wenn es sich um die Rettung ihres Kindes handelt! . . . Und diese Frau, die wußte, daß die von der Hand ihres Sohnes geschleuderte Bombe den Ankel des Zaren in Stücke gerissen hatte, glaubte es dennoch bemerkenswert zu können, daß man ihrem Stefan wenigstens das Leben schenkte. . . . Ob sie dachte, daß lebenslängliche Zwangsarbeit leichter ist, wie sterben? . . . Sie dachte nichts, sie betete, sie betete nur, daß ihr Kind nicht sterben brauche. . . .

Und vielleicht hatte ihre Hoffnung einen Schimmer von Berechtigung: Die Zeitungen hatten ja spaltenlange Berichte über die Unterredung der Großfürstin Zelisaweta Feodorowna, der Gemahlin des Ermordeten, mit dem Attentäter gebracht.

Die Großfürstin war selbst in die Zelle des Gefangenen gegangen und hatte so lange mit ihm gesprochen, daß schließlich ihr Kammerherr, Unheil fürchtend, die Unterredung gestört

hatte. Und es hieß, alle beide, Fürstin und Anarchist, hätten heiße Tränen geweint. . . .

Warum sollte da die Mutter nichts für ihren Sohn erreichen, der noch in seiner Kerkerzelle so hohen Besuchs gewürdigt war?

Und jetzt, wie die alte Frau eben vor den Türen des Simitz-Dworez angelangt war, da trat ein junges Weib in Bauerntracht an sie heran und bat mit schluchzender Stimme, die alte Frau solle nicht allein für die Mutter, sondern auch noch für eine Schwester des Inhaftierten die Erlaubnis auswirken, ihn zu sehen.

Stefan Antonowitschs Mutter begriff gleich: Die andre wäre wohl seine Braut gemeint? . . . Und dann hätte sie wohl auch am Ende gar auf diesen schrecklichen Reuten gehört, die ihren armen Sohn in ihre Netze gezogen und ihn zum Mörder gemacht hatten? . . .

Sonja konnte nicht reden, sie schüttelte nur ihr schönes Haupt und nahm vielleicht eben durch ihre Schönheit und durch das Weib, das sich in ihren dunklen Augen wiederpiegelte, die Mutter des Gefangenen so ein, daß diese sich so allem bereit erklärte.

Sonja wartete lange und voll Ungeduld vor den Türen des Kremnpalastes. Endlich kam die alte Frau wieder heraus. Aber nur ihr hatte man verweigert, den Sohn jetzt schon zu sehen. Der Schwester würde man vielleicht die Erlaubnis erteilen, der Gerichtsverhandlung beizuwohnen, die übrigens schon in den nächsten Tagen stattfinden sollte.

Und dann war Sonja wieder davon gegangen, ziel- und planlos, ohne die geringste Furcht, daß jemand sie erkennen und verhaften könnte, und immer nur von dem einen unstillen

Ein Lu
ou-atio
König zu
Anle für
gamen K
sollen. I
„Kranke
aber hilft
zu beherz
Keine
Grupp-
gerichtlich
Verhandl
die mit d
Tilian un
der übrig
Mittelan
heit, vor
bestimmen
Mediziner
kriegsgeri
geordnet
direktor
durch die
verfahren
gestellt.
Festn
versuchte
Namen
einen gro
Arbeitslo
Bauten in
lose eng
Neigegeb
schweben
der Bolle
der 33 J
Lugsbur
Mit
mörder
Lode ver
der Revi
schloffen.
Kaiser z
an den
Kaiser b
Gifen
der Stat
ein Berl
Güterau
heilig, d
geleitet
vom B
krümmer
schwer v
schäfte
gräß, n
wurden.
Kaiserle
leichter
daß die
Ein
Ein So
Gerbe,
hatte, d
in Arn
in Höhe
mentari
Berber
Ein
Steuer
Geldstr
Tagen
komme
leute v
daß sie
20 000
feien, n
büßern
Empfan
nicht d
Sentim
Ma
aus Lu
benoobr
Auh, d
Dokum
der stat
Tälern
stark z
Mensch
zwanzi
62
angekl
bare
ben, d
den G
Un
die W
In
Zu
Ston
dem Y
das K
Welle
Sofa
leit zu
Ansch
Serai
Di
der D
ber h
leitet
konst
ind, b
ich, i
den z
verwa
Moge
Wit
find
der S
Sozi
ein r
nicht
war
Ante
seten
ein